

INFORMATIONEN

Presse, Rundfunk,
Fernsehen



Gewerkschaft
der Polizei

<http://www.gdp.de>
gdp-pressestelle@gdp-online.de

Bundesvorstand

Rede des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Konrad Freiberg, auf dem Schöneberger Forum in Berlin am 26.11.2002

Einheitlichkeit des Beamtenrechts – Stärke oder Schwäche des Öffentlichen Dienstes ?

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,
verehrte Gäste,

ich bin völlig ratlos. Das will schon etwas heißen. Ihr seid sozusagen meine letzte Hoffnung, dass ich doch noch schlau werde.

Berlin ist pleite! Das kann man auch vornehmer ausdrücken, aber das ändert nichts an der Tatsache.

Ich habe euch hier ein paar Bilder mitgebracht. Die zeigen, wie es bei der Berliner Polizei aussieht. Seit Jahren, nicht erst jetzt!

Seht euch das an! Das ist Schrott. Das ist Sperrmüll. Das ist jedenfalls kein Arbeitsplatz, den man arbeitenden Menschen zumuten kann.

Berlin ist pleite!

Das höre ich jetzt immer öfter, aber, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, an der Polizei kann es nicht gelegen haben, wie man sieht.

Die Frage ist also: Wo ist die ganze Knete geblieben? Wer hat denn das ganze Geld verbraten?

Der öffentliche Dienst im allgemeinen und die Polizei im Speziellen jedenfalls nicht.

Die Misere bei der Berliner Polizei ist auch nicht neu, da ist seit Jahrzehnten geschludert worden. Seht euch mal im Fuhrpark der Polizei um! Wenn wir noch ein oder zwei Jahre warten, dann können wir viele Funkstreifenwagen als Oldtimer anmelden. Und die Büroausstattung stammt aus der Asservatenkammer! So sieht sie jedenfalls aus.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 117 - Telefax: (030) 39 99 21 - 190
Pressesprecher: Rüdiger Holecek, Funktelefon: 0172/7121599

Der Schuldige heißt nicht nur Klaus Wowereit, die Liste der dringend Tatverdächtigen ist wesentlich länger!

Aber was macht unser Klaus? Jetzt, wo Berlin doch pleite ist? Er kürzt sein Gehalt. Ihr habt richtig gehört! Er kürzt sein Gehalt!!

Pech ist nur, er kürzt die Gehälter aller Polizistinnen und Polizisten, aller Beamtinnen und Beamten und Versorgungsempfänger, gleich mit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das können wir nicht zulassen. Der Mann legt Hand an sich und die Heide aus Kiel und der Georg aus Dresden helfen ihm auch noch. Das müssen wir verhindern. Und das ist auch gut so!

Keine Bange, Klaus! Wir stehen solidarisch zu dir. Wie das gute gewerkschaftliche Tradition ist. Du sollst deine vollen Bezüge behalten.

Und so ganz nebenbei verhindern wir die Absenkung von Besoldung und Versorgung für alle Beamtinnen und Beamte.

Als Polizisten sind wir nämlich per Gesetz verpflichtet, zu helfen. Wir können und dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn sich jemand in sein Unglück stürzt.

Ist doch klar:

Wenn, wie es das Trio – also der Klaus, die Heide und der Georg – es vorgeschlagen haben, das Grundgehalt um bis zu zehn Prozent abgesenkt werden kann, dann schädigen die sich selbst, denn die Gehälter von Regierungsmitgliedern sind daran gekoppelt.

Und jetzt gehen die Regierungschefs der übrigen Länder hin und finden das auch noch gut!

Die wissen nicht, was sie tun! Da muss man helfen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Da hilft nur eines: wir müssen hinfahren, möglichst viele, versteht sich, und mit ihnen reden. Wir müssen ihnen klarmachen, dass sie nicht auf ihre vollen Bezüge verzichten dürfen. Sonst geht es mit der Wirtschaft weiter bergab. Denk denn niemand an den Konsum?

Ich frage euch, Regierungschefs der Länder: Was ist los mit Euch? Seid Ihr alle vaterlandslose Gesellen? Ihr kürzt uns die Besoldung und Versorgung und treibt uns damit in den Konsumverzicht!

Wie soll denn da die Wirtschaft wieder ans Laufen kommen?

Berlin geht es schlecht! Und andere Länder und Gemeinden sind auch schon ganz grün im Gesicht. Woran liegt es denn?

Da gab es in der letzten Legislaturperiode einen Deal. Die Unternehmenssteuerreform sparte den Unternehmen Milliarden, und dafür sollte es jede Menge Arbeitsplätze geben.

Traue keinem über 30, den Spruch kenne ich noch aus meiner Jugend. Der gilt auch hier. Traue nämlich keinem über 30 Millionen Jahresgehalt! Von wegen, Arbeitsplätze schaffen! Die Steuerersparnis kassieren und sich dann vom Acker machen. Und jetzt sollen wir die Löcher stopfen?

Nein, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

das können wir nicht, das wollen wir nicht.

Die Sprache ist die Quelle der Missverständnisse. Das ist ein Zitat. Nicht von mir, sondern von Antoine de Saint Exupery. Es stammt aus dem „Kleinen Prinz“.

Der „kleine Prinz“ muss hellseherische Fähigkeiten gehabt haben. Er muss nämlich schon gewusst haben, was SPD und Grüne in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben. Da ist von der Modernisierung des Bundesangestelltentarifs und des Dienstrechts die Rede.

Alles klar, denkt man, jetzt geht es voran mit dem Öffentlichen Dienst!

Jetzt wissen wir, das ist alles ein großes Missverständnis. Modernisierung – das heißt schlicht Kürzung!

Die Berliner Initiative soll den Handlungsspielraum der Länder bei der Besoldung und Versorgung erweitern. Bombastische Begriffe werden bemüht, den Gesetzentwurf zu begründen. Hört gut zu:

Durch Flexibilisierung und Regionalisierung sollen Konsolidierungsspielräume bei den Personalkosten geschaffen werden.

Auf gut Deutsch heißt das nichts anderes:

Die wollen unser Geld, um die öffentlichen Haushalte zu sanieren.

Bei der Gelegenheit geht die Einheitlichkeit von Besoldung und Versorgung verloren.

Zurück zur Kleinstaaterei:

Das hatten wir bis 1971. Damals waren es auch die Länder, die die Initiative ergriffen. Der Besoldungswettlauf sollte gestoppt werden, dafür hat man sogar das Grundgesetz geändert, durch Einführung des Artikels 74a.

1977 wurde dann auch noch die Versorgung bundeseinheitlich geregelt.

Wir Gewerkschafter haben diese Entwicklung damals ausdrücklich begrüßt. Das war eine Stärkung des Öffentlichen Dienstes.

Warum?

Ganz einfach:

Genau die Kleinstaaterei, die über Berlin jetzt wieder eingeführt werden soll, hatten wir damals überwunden. Für bestimmte Ämter gab es bundesweit seither die gleiche Bezahlung. Das dient nicht alleine unseren Kolleginnen und Kollegen, das dient letztlich auch den Bürgern.

Wenn nämlich schon in der Verfassung von der Schaffung annähernd gleicher Lebensverhältnisse die Rede ist, dann gilt das nicht nur für die arbeitenden Menschen selbst, das gilt auch für das Angebot der staatlichen Infrastruktur.

Wir wollten damals in den 70er Jahren noch mehr. Die Beihilfe, das Reise- und Umzugskostenrecht – alles das hätte nach unserer Meinung auch bundeseinheitlich geregelt werden sollen. Dazu ist es leider nicht gekommen, aber das ist doch kein Grund, jetzt das Rad der Geschichte zurückzudrehen und auch wieder Besoldung und Versorgung der Kleinstaaterei zu überantworten.

Ihr wisst so gut wie ich, dass es immer wieder einmal Versuche gegeben hat, die Einheitlichkeit der Besoldung aufzuweichen. Das klang vordergründig sogar nach mehr Gerechtigkeit – ein Ziel, bei dem Gewerkschafter gerne mitmachen.

Man muss nur gelegentlich näher hinschauen:

Wie war das denn bei den Klagen nicht weniger Kolleginnen und Kollegen über hohe Mieten und teure Lebenshaltung in Ballungsgebieten?

Vordergründig einleuchtend, bei näherer Betrachtung aber nur ein Quell neuen Ärgers. Wonach soll man sich denn richten? Da wohnt einer auf dem platten Land und macht in der teuren Großstadt Dienst, oder umgekehrt, er wohnt in der teuren Großstadt und macht auf dem platten Land Dienst. Welche Lösung ist jetzt gerecht?

Also, wir haben die Finger davon gelassen.

Wichtiger war uns, dass es keine Rolle spielen darf, ob jemand Beamter in der Gemeindeverwaltung, Polizeibeamter eines Landes oder Beamter im Bundesdienst ist.

Beamte in gleichen Funktionen erhielten und erhalten das gleiche Geld in Nord und Süd.

Nein, nein, nicht in Ost und West! Das ist etwas anderes, da komme ich noch drauf.

Also:

Die Einheitlichkeit von Besoldung und Versorgung bedeutet zugleich, dass es keinen Besoldungsneid gibt. Bei gemeinsamen Einsätzen, wie zuletzt noch Mitte November beim Castor-Transport, ist völlig klar, der Polizeikommissar oder der Obermeister aus Niedersachsen verdient exakt dasselbe wie der Kollege nebenan aus Bayern oder Nordrhein-Westfalen.

Wenn jetzt den Ländern unter dem Stichwort Flexibilisierung das Recht eingeräumt werden soll, um zehn von Hundert beim Grundgehalt abzuweichen, dann wird damit auch die Wertigkeit der mit der Besoldungsgruppe ausgewiesenen Funktion verändert. Das muss man wissen! Ich bin mir nur nicht so ganz sicher, ob die Initiatoren das auch so wissen und beabsichtigt haben.

Versuche, die Einheitlichkeit der Besoldung aufzuweichen, hat es schon im Frühjahr 2000 gegeben. Damals ging es um das Besoldungsstrukturgesetz. Da war vorgesehen, je nach Haushaltslage und der Wettbewerbssituation die Ämter in der Eingangsbesoldung und im ersten Beförderungssamt des Gehobenen Dienstes unterschiedlich zu bezahlen.

Bandbreitenregelungen nannte man das. Auch wieder so ein Wort, das mehr verschleiert, als erhellt. Das haben wir gemeinsam verhindert.

Jetzt komme ich zur unterschiedlichen Bezahlung zwischen Ost und West.

Also, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wer jetzt argumentiert, dass auch die Gewerkschaften damals 1990 zugestimmt haben, dass die Kolleginnen und Kollegen im Osten zunächst nur 60 Prozent der Westbesoldung erhielten, der handelt infam.

Was blieb uns denn damals anderes übrig, als zähneknirschend zuzustimmen? Es ging darum, einen Ausgangspunkt festzumachen, von dem aus die Hundert-Prozent-Bezahlung möglichst schnell erreicht werden sollte.

Seither handeln wir wie Cato im alten Rom. Bei jeder Gelegenheit weisen wir darauf hin, dass an den Hundert Prozent immer noch etwas fehlt. Wir haben gefordert, nun endgültig in einem Stufenplan die Hundert Prozent Westbesoldung festzuzurren und zwar vor dem Jahr 2007.

Damit ist klar:

Der DGB und seine Gewerkschaften wollen die Einheitlichkeit von Besoldung und Versorgung.

Was passiert, wenn dieser Grundsatz durchbrochen wird?

Ich sage es euch:

Wenn neben der Zehn-Prozent-Kürzung des Grundgehaltes das Weihnachtsgeld auf nur noch 50 Prozent abgesenkt und das Urlaubsgeld gestrichen wird, dann bedeutet das einen Verlust von rund einem Achtel des bisherigen Einkommens.

Und die Pensionäre?

Die trifft es noch härter.

Erst das Dienstrechtsänderungsgesetz, dann das Versorgungsänderungsgesetz 2001. Gehe ich von dem gerade genannten Beispiel bei der Besoldung aus, dann macht das bei den Pensionären eine Kürzung von mehr als einem Sechstel aus.

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

das ist eine bodenlose Sauerei!!

So kann man unsere Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand nicht ausplündern.

Im Übrigen warne ich vor dem Versuch der Spalterei. Ich weiß, was man alles den Rentnern zumutet. Auch die werden mehrfach getroffen.

Als Polizist habe ich aber eines gelernt:

Es gibt keine Gleichheit im Unrecht.

Das heißt, wenn ich einer Gruppe ein Unrecht angetan habe, ist das noch lange kein Grund, einer anderen Gruppe das gleiche Unrecht anzutun.

Passen wir also auf, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen – Tarifbeschäftigte hier, Beamte und Versorgungsempfänger dort.

Die Frage, ob ich für oder gegen die Einheitlichkeit des Beamtenrechts bin, habe ich, so glaube ich, deutlich genug beantwortet. Damit bin ich aber nicht am Ende, da fehlt nämlich noch etwas.

Unser Grundgesetz spricht von den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamten-tums. Konkret gemeint ist damit vor allem die Treuepflicht.

Da gehören aber zwei zu und nicht nur einer!

Was Berlin ausgeheckt und die übrigen Länder im Bundesrat übernehmen wollen, ist nichts anderes, als die Aufkündigung der Treuepflicht.

Die Treuepflicht gegenüber den Beamten und Versorgungsempfängern!

Wenn aber der Vertrag einseitig gekündigt wird, dann gilt er nicht mehr. Dann sind wir frei, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

Auf dem GdP-Bundeskongress Anfang Oktober in Magdeburg haben wir einen Antrag beschlossen.

„Streikrecht für Beamte“ – so lautet die Überschrift.

Auf das Thema sind wir ja nicht ohne Grund gekommen. Schon bis zum Kongress gab es Beispiele genug, einmal darüber nachzudenken, ob der Staat seine Treuepflicht gegenüber den Beamten und Versorgungsempfängern erfüllt.

Der Berliner Senat hat mit seinem Vorstoß noch eins draufgesetzt. Also fühlen wir uns voll inhaltlich bestätigt.

Wir werden dringend reden müssen, ob das mit dieser Form des modernen Sklaventums so weiter gehen kann.

Damit ich nicht missverstanden werde:

Wir sind gerne Polizisten, Lehrer oder Beamte in den unterschiedlichsten Behörden und Verwaltungen. Wir nehmen unsere Pflichten und Aufgaben ernst.

Ernster jedenfalls, als offenkundig die verantwortlichen Politiker. Ich will euch das mal am Beispiel der Polizei aufzeigen:

Vor zwei Wochen haben wir mal wieder mit Tausenden von Kolleginnen und Kollegen den Castor sichern müssen. Und wer schützt während dieser Zeit zu Hause die Bürgerinnen und Bürger? Wir haben doch nicht diese Tausenden von Polizisten irgendwo in der Ecke stehen, um im Falle des Falles, wie beim Castor, eingesetzt zu werden.

Hört gut zu:

Das sind dieselben Schutzleute, die bei euch sonst zu Hause Streife gehen und fahren!

Minister und andere Politiker reden gerne von Sonderlagen und Ausnahmen. Die wissen so gut wie wir, dass inzwischen die Ausnahmelagen der Normalfall sind.

Noch schlimmer:

Wir sind dringend gewarnt vor Terroranschlägen. Nicht nur von Osama bin Laden persönlich, unsere Nachrichtendienste mahnen immer dringender.

Ich sage es ganz deutlich:

Das Lagebild war noch nie so bedrohlich!

Minister und Politiker, passt auf!

Wir haben mehr zu verteidigen, als einen Haushalt. Schon einmal, nämlich vor dem 11. September 2001, standen die Nachrichtendienste als einsame Rufer in der Wüste.

Nach dem 11. September 2001 waren alle unheimlich schlau. Da wurden Sicherheitspakete in aller Eile geschnürt.

Ich sage euch was drin ist:

Heiße Luft!!!

Wo ist denn die versprochene Personalvermehrung?

Wo ist die verbesserte Technik?

Stattdessen regiert wie zuvor der Rotstift.

So ist das, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die angespannte Sicherheitslage kommt offenbar im politischen Tagesgeschäft gar nicht vor.

Aber wir wissen, wie ernst die Lage ist. Wir stehen zu unserer Aufgabe und zu unserem Beruf.

Aber:

Wir lassen uns dafür nicht noch widerstandslos in den Allerwertesten treten.

Wir müssen aber auch selbst bereit sein, zu kämpfen. Mit bunten Luftballon und ein paar Schildern herumzuziehen, das alleine kann es nicht sein!

Wir werden Trouble machen, innerhalb und außerhalb der Behörden. Da fällt uns noch Einiges ein!

Die Bürgerinnen und Bürger brauchen sich keine Sorgen zu machen. Was für ihre Sicherheit getan werden muss, wird getan. Unsere Aktionen richten sich gegen diejenigen Politiker, die uns in den Regen stellen wollen.

Berlin hat die Initiative ergriffen, um uns die Besoldung und Versorgung zu kürzen.

Liebe Kolleginnen,
liebe Kollegen,

wir sind doch nicht wie die Schafe, die sich auch noch ihren Henker wählen.

Der Berliner Initiative können wir eine eigene Initiative entgegensetzen. Polizisten sind auch Bürger!

Gründen wir eine Bürgerinitiative gegen diejenigen Politiker, die uns in die Tasche greifen. Denkt daran:

Die nächste Wahl kommt ganz bestimmt!

Unsere Lage, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist schwierig, das ist richtig! Aber, sie ist nicht hoffnungslos!

Wir, die Polizei und auch die Streitkräfte, genießen geradezu Traumwerte bei der Frage nach dem größten Vertrauen! Gerade erst ist eine internationale Umfrage im Auftrag des Weltwirtschaftsforums bekannt geworden. In Deutschland, und nicht nur dort, erreichen Polizei und Streitkräfte Spitzenwerte. Offenkundig wissen die Bürger, welchen Wert in diesen Zeiten die innere und äußere Sicherheit haben.

Ratet mal, wo die Politiker stehen?

In Deutschland kommt das Parlament auf einen miserablen 15. Platz!

Also, ihr Politiker! Nutzt die Chance! Macht endlich eine Politik, die den Bürgerinnen und Bürgern und unserem Land nützt!

Lasst die Finger von denen, die den Karren durch den Dreck ziehen und ohnehin schon zu tragen haben.

Wir werden uns wehren!